

[Nationalbank der Ukraine nimmt die PromInvestBank unter "zeitweilige Verwaltung"](#)

08.10.2008

Die PromInvestbank (PIB) wurde zum ersten Opfer der Liquiditätskrise, was mit einer Raiderattacke auf die Bank zusammenfiel. Gestern entschied sich die Zentralbank, das Institut zeitweilig zu übernehmen und ein Moratorium für die Ausgabe von Einlagen zu erlassen. Wie dem **"Kommersant-Ukraine"** bekannt wurde, geschah dies nach drei vergeblichen Versuchen des Verkaufs der PIB, für die Investoren von 300 Mio. \$ bis 800 Mio. \$ boten. Banker befürchten, dass der Bankrott der PIB zum Beginn einer Reihe von Bankrotten anderer Banken werden könnte.

Die PromInvestbank (PIB) wurde zum ersten Opfer der Liquiditätskrise, was mit einer Raiderattacke auf die Bank zusammenfiel. Gestern entschied sich die Zentralbank, das Institut zeitweilig zu übernehmen und ein Moratorium für die Ausgabe von Einlagen zu erlassen. Wie dem **"Kommersant-Ukraine"** bekannt wurde, geschah dies nach drei vergeblichen Versuchen des Verkaufs der PIB, für die Investoren von 300 Mio. \$ bis 800 Mio. \$ boten. Banker befürchten, dass der Bankrott der PIB zum Beginn einer Reihe von Bankrotten anderer Banken werden könnte.

Gestern spät abends faste der Vorstand der Zentralbank (NBU) den Beschluss eine zeitweilige Verwaltung der Prominvestbank einzuführen. Wie dem **"Kommersant-Ukraine"** ein hochgestellter Informant bei der NBU mitteilte, wurde zu deren Leiter der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der NBU, Wladimir Krotjuk, ernannt. "Heute wurden alle Vorstände der PIB ihres Postens enthoben, wegen dem es einen Konflikt zwischen den Aktionären gab und ordneten ein Moratorium auf die Ausgabe von Einlagen an.", teilte der Informant in der NBU mit. Der Artikel 75 des Gesetzes "Zu den Banken und der Banktätigkeit" besagt, dass die NBU "verpflichtet ist eine zeitweilige Verwaltung im Fall einer spürbaren Bedrohung der Zahlungsfähigkeit einer Bank zu ernennen." Die Tätigkeit der zeitweiligen Verwaltung kann dann enden, wenn gemäß dem Artikel 86 "die Banklizenz entzogen wird und der Beschluss zur Ernennung eines Liquidators gefasst wird".

Den Angaben der Zentralbank nach, nahm die PromInvestBank unter den 178 Banken zum 1. Juli 2008 den 6. Platz bei den Aktiva (27,539 Mrd. Grywnja, ca. 3,9 Mrd. €) bei einem Stammkapital von 200,175 Mio. Grywnja (ca. 28,6 Mio. €), Eigenmitteln 2,8 Mrd. Grywnja (ca. 400 Mio. €), Zahlungsverpflichtungen von 21,876 Mrd. Grywnja (ca. 3,13 Mrd. €) ein. Dabei betrogen die Einlagen von physischen Personen 11,989 Mrd. Grywnja (4. Platz, ca. 1,71 Mrd. €) und von juristischen Personen 10,564 Mrd. Grywnja (3. Platz, ca. 1,51 Mrd. €).

Grund für die Einführung einer zeitweiligen Verwaltung wurde eine Raiderattacke auf das Institut. Aufgrund dessen hoben Anleger massenhaft ihrer Einlagen ab und die Zentralbank musste der Bank eine Kreditlinie über 5 Mrd. Grywnja (ca. 714 Mio. €, Ausgabe des **"Kommersant-Ukraine"** vom 1. Oktober) eröffnen. Gestern erklärte der Vorsitzende des NBU-Rates, Pjotr Poroschenko, dass der Regulierer der PIB nur zwei Mrd. Grywnja unter Sicherheit von Eigentumsrechten überwiesen hat, doch der Vorstand der PIB hatte der NBU die Dokumente weder vorgefertigt, noch als Pfand übergeben. Dabei setzten die Anleger den Abzug ihrer Mittel fort und der Bank reichten die Mittel für die Befriedigung der Forderungen nicht mehr.

Wie dem **"Kommersant-Ukraine"** bekannt wurde, gingen vor der Entscheidung über die Sanierung der PIB an die Besitzer – die Familie Matwijenko – mehrere Vorschläge zu deren Verkauf ein. "Es gab drei Vorschläge.", erzählte der Informant bei der NBU. "Nikolaj Lagun schlug 300 Mio. \$ vor, er wurde abgewiesen und ihm wurde gesagt 'mach keine Witze'. Ein Moskauer schlug 600 Mio. \$ vor und am Dienstag hat Pjotr Poroschenko angeblich 800 Mio. \$ vor." Pjotr Poroschenko dementiert sein Interesse: "Ich war bei der PIB auf Bitten des Leiters. Wladimir Pawlowitsch (Matwijenko) ging davon aus, dass die NBU grundlos die Ausgabe auf zwei Milliarden zur Refinanzierung beschränkte. Es handelt sich nicht darum, dass jemand den Leiter der PIB zu irgendwas verpflichten will, sondern darum, dass jede Refinanzierung durch die NBU ordnungsgemäß abgewickelt werden muss." Der Mitbesitzer der "Deltabank", Nikolaj Lagun, bestätigte dem **"Kommersant-Ukraine"** den Fakt der Verhandlungen.

Der dritte Teilnehmer der Verhandlungen – der Präsident der russischen Finanzinvestgruppe "Intelinks" Dmitrij

Klujew – erzählte dem **"Kommersant-Ukraine"**, dass er am 5. Oktober mit Wladimir Matwijenko eine Absichtserklärung über den Kauf von 75% der Aktien der PIB unterzeichnet hat. Seinen Worten nach, einigten sich beide Seiten für eine Beschleunigung des Prozesses darauf, dass Matwijenko ihm die Aktien "schenkt", welche den Mitgliedern seiner Familie gehören, für diese etwa 750 Mio. \$ erhaltend: "Das Wesen des Protokolls bestand darin, dass die Aktionäre beabsichtigen ihre Aktien bis zum Anteil von 75%, doch nicht weniger als 70% des Stammkapitals, zu verkaufen und ich drücke meine Absicht aus diese zu kaufen."

"Wir haben die Bank mit 1 Mrd. \$ bewertet, da wir nicht herausfinden/verstehen konnten, wie viele Aktien er kontrolliert. Matwijenko 'drehte' sich die ganze Zeit und sagte 'ich habe 75%', nachher 'ich habe 70%'.", sagt Dmitrij Klujew. "Ich sagte, gib mir irgendwas verbindliches: z. B. die Bank kostet 1 Mrd. \$ und wie viele Aktien es geben wird und soviel wird bezahlt. Darauf einigten wir uns. Danach sprachen wir ab, wie das Geld überwiesen und die Dokumente ausgefüllt werden. Dafür habe ich eine Summe reserviert und verpflichtete mich 1 Mrd. Grywnja bis zur festgelegten Frist zu liefern. Doch vor dem Ablauf dieser Frist sollte Matwijenko alle Verträge der Schenkung zu unterzeichnen und dafür das Geld zu erhalten. Als ich am Montag zur Unterzeichnung der Schenkungsverträge eintraf, welche von unseren Juristen ausgearbeitet wurden, wurde klar, dass ein Teil der Verträge, etwa 40% der Aktien, für mich unterschrieben wurden, doch für die restlichen 30% weigerte sich seine Familie – Sohn, Tochter, Frau – die Verträge zu unterschreiben."

Klujew geht davon aus, dass er mehr als alle an der Inkulanz von Wladimir Matwijenko gelitten hat. "Noch vor einem Jahr bin ich aus allen Aktiva ausgestiegen und hatte Cash, welches in verschiedenen Hoheitsgebieten verteilt war. Für die Konsolidierung dieses Geldes (über die Auszahlung der Aktien der PIB, **"Kommersant-Ukraine"**) wurden titanische Anstrengungen unternommen, daher sehen sie, dass sogar vielgeachtete Banken zusammenzubrechen beginnen. Ich bin persönlich am Sonntag losgefahren, um mich davon zu überzeugen, dass Matwijenko, der Mensch ist, der diese Bank kontrolliert. Der notwendige Teil des Geldes wurde in Grywnja gesammelt, doch dieser hat gerade stark an Wert verloren.", erregte sich Dmitrij Klujew. "Ich führte Verhandlungen mit Wladimir Stelmach, Julia Timoschenko, die mir versicherte, dass sie bereit ist in jedem Fall diese Systembank zu stützen, deren Bankrott eine Gefahr für die nationale Sicherheit der Ukraine darstellt."

Die Eigentümer der Bank konnten nicht nur die Bank nicht verkaufen, sondern verloren auch die Kontrolle über diese nach Einführung der zeitweiligen Verwaltung. Für deren Tätigkeit interessierte sich die Generalstaatsanwaltschaft. Sie informierte gestern über den Beginn einer Überprüfung der PIB insbesondere über die Nichtbeachtung des Gesetzes "Zu den Banken/Über Banken", um "Versuche die Bank in den Bankrott zu führen und die Inbesitznahme der Aktiva zu verhindern".

Banker gehen davon aus, dass die Inkulanz der Aktionäre der PIB auch die Stabilität anderer Kreditinstitute kosten kann. "Anleger werden rennen, um ihre Einlagen bei allen Banken abzuheben und sie fallen wie Dominosteine.", befürchtet der stellvertretende Vorstandsvorsitzende einer der größten Banken. Das Abziehen der Einlagen könnte verschärft werden von der Notwendigkeit einer Reihe von Banken bis zum Ende des Jahres ausländischen Investoren 1,4 Mrd. \$ zu erstatten. "Einzelne Banken haben Lücken in ihrer Finanzierung.", sagte Poroschenko. "Falls es notwendig wird, ist die Zentralbank bereit diese zu stützen." Bei der Zentralbank teilte man dem **"Kommersant-Ukraine"** mit, dass der Präsident der NBU, Wladimir Stelmach, beabsichtigt eine Pressekonferenz durchzuführen, die der Einführung einer zeitweiligen Verwaltung der PIB gewidmet ist und um der Bevölkerung die panische Stimmung zu nehmen. "Er soll die Anleger beruhigen, damit die Banken nicht umfallen.", sagte der Informant bei der Zentralbank.

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltskanzlei und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.